



Frau Bundeskanzlerin

Ergebnisse aus der Meinungsforschung

Wochenbericht KW 4
27.01.2017

<i>forsa</i>	<i>Emnid</i>	<i>IfD Allensbach</i>	<i>FG Wahlen</i>	<i>infratest dimap</i>
--------------	--------------	-----------------------	------------------	------------------------

Wähleranteile:	Union zwischen 37 % und 35 %, SPD zwischen 24 % und 21 %
Wirtschaft:	Erwartungen eher pessimistisch
Weltpolitische Lage:	Sorge um den Weltfrieden geht leicht zurück Situation in den USA wird als größte Bedrohung wahrgenommen
Wichtigstes Thema:	US-Präsidentschaft Donald Trump, Wahl in den USA
Anlage:	Zeitreihen

Wähleranteile

Angaben in Prozent

	forsa für RTL/stern	Emnid¹ für BamS	IfD Allensbach² für FAZ	FG Wahlen³ für ZDF	infratest dimap⁴ für ARD
CDU/CSU	37 (-1)	37 (+1)	36,0 (+0,5)	36 (-)	35 (-2)
SPD	21 (-)	23 (+2)	23,0 (+1,0)	24 (+3)	23 (+3)
FDP	6 (-)	6 (-)	7,0 (-0,5)	6 (-)	6 (+1)
DIE LINKE	9 (-)	10 (-1)	9,5 (-)	10 (+1)	8 (-1)
B'90/Grüne	10 (+1)	10 (+1)	9,0 (-1,0)	8 (-2)	9 (-)
AfD	12 (+1)	11 (-1)	11,5 (+1,0)	11 (-2)	14 (-1)
Sonstige	5 (-1)	3 (-2)	4,0 (-1,0)	5 (-)	5 (-)
Erhebungszeitraum	16.-20.01.	19.-25.01.	05.-19.01.	24.-26.01.	24.-25.01.

Die Union liegt bei forsa 16 (-1), bei Emnid 14 (-1), bei IfD Allensbach 13 (-0,5), bei FG Wahlen 12 (-3) und bei infratest dimap 12 (-5) Prozentpunkte vor der SPD.

Die Grünen liegen bei FG Wahlen bei 8 %. Dies ist der niedrigste Wert seit November 2013.

Kanzlerpräferenz⁵

Angaben in Prozent

	FG Wahlen für ZDF
Merkel	44
Schulz	40
Erhebungszeitraum	24.-26.01.

Angela Merkel liegt bei der Kanzlerpräferenz 4 Prozentpunkte vor Martin Schulz.

81 % der Unions-Anhänger präferieren Merkel und 12 % Schulz.

71 % der SPD-Anhänger präferieren Schulz und 17 % Merkel.

¹ Sperrfrist bis zur Veröffentlichung in der Bild am Sonntag (29.01.2017)

² im Vergleich zur KW 51/2015

³ im Vergleich zur KW 2

⁴ im Vergleich zur KW 1

⁵ Heute mit aktuellen Werten der FG Wahlen, da die Feldzeit von forsa vor der Nominierung von Martin Schulz zum SPD-Kanzlerkandidaten lag.

Problemlösungskompetenz

Angaben in Prozent

	forsa für RTL/stern	
CDU/CSU	30	(-1)
SPD	9	(-1)
sonstige Parteien	10	(+1)
keine Partei	51	(+1)
Erhebungszeitraum	16.-20.01.	

Bei der politischen Kompetenz, die gegenwärtigen Probleme in Deutschland zu lösen, liegt die Union 21 (-) Prozentpunkte vor der SPD.

51 % (+1) trauen die Lösung der Probleme keiner Partei zu.

71 % (-1) der Unionsanhänger meinen, dass die eigene Partei mit den Problemen in Deutschland am besten fertig wird, bei den SPD-Anhängern sagen dies 38 % (-1) von ihrer Partei.

Langfristige Erwartungen für die Wirtschaft

Angaben in Prozent

	forsa für RTL/stern	
besser	20	(-1)
schlechter	36	(+2)
unverändert	41	(-)
Erhebungszeitraum	16.-20.01.	

Die langfristigen Wirtschaftserwartungen haben sich im Vergleich zur Vorwoche verschlechtert.

Der Anteil der Bevölkerung, der mit einer Verschlechterung der wirtschaftlichen Verhältnisse in Deutschland in den kommenden Jahren rechnet, liegt um 16 (+3) Prozentpunkte höher als der Anteil, der von einer Verbesserung ausgeht.

Machen Sie sich Sorgen um den Weltfrieden?

Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 1

	forsa für BPA	
sehr große	11	(-5)
große	48	(-1)
wenig	33	(+5)
keine	7	(+1)
Erhebungszeitraum	16.-20.01.	

Anhänger der Linkspartei (69 %) machen sich überdurchschnittlich oft (sehr) große Sorgen um den Weltfrieden. Frauen machen sich häufiger (sehr) große Sorgen als Männer (67 % zu 51 %) und über 60-Jährige häufiger als unter 30-Jährige (67 % zu 50 %).

Anhänger der AfD (48 %) machen sich überdurchschnittlich häufig weniger bzw. gar keine Sorgen.

Von welcher weltweiten Krise droht Deutschland aktuell die größte Gefahr?

Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 1

	forsa für BPA	
USA	19	(+9)
Syrien	17	(-3)
Krieg/Terrorismus allgemein	11	(-2)
Asylbewerber, Flüchtlinge	11	(+1)
Islamischer Staat (IS)	10	(+1)
Naher Osten, arabische Länder	8	(-4)
Russland	7	(-2)
Türkei	5	(-2)
Religion, religiöse Krisen/Kriege allgemein	4	(-1)
Erhebungszeitraum	16.-20.01.	

Nach Meinung der Bundesbürger droht von der Situation in den USA die größte Gefahr für Deutschland; allerdings entfallen auf die Lage in Syrien nur geringfügig weniger Nennungen.

Personen mit hoher formaler Bildung (22 %) sowie Anhänger der FDP (23 %) und der SPD (22 %) nennen die Lage in Syrien überdurchschnittlich häufig als größte Gefahrenquelle für Deutschland.

Für Anhänger der AfD (19 %) droht von der Flüchtlingssituation die größte Gefahr für Deutschland.

Rolle Deutschlands in der Weltpolitik

Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 1

	forsa für BPA	
sollte mehr Verantwortung übernehmen	33	(-4)
sollte weniger Verantwortung übernehmen	10	(+1)
Deutschland tut bereits genug	54	(+3)
Erhebungszeitraum	16.-20.01.	

Unter 30-Jährige (42 %) und Personen mit hoher formaler Bildung (38 %) sowie Anhänger der Grünen (46 %) und der FDP (39 %) sind überdurchschnittlich oft der Meinung, dass Deutschland mehr Verantwortung in der Weltpolitik übernehmen sollte.

Hingegen sind Anhänger der AfD (37 %) überdurchschnittlich oft der Ansicht, dass Deutschland weniger Verantwortung übernehmen sollte.

Frauen (61 %) und Personen mit einfacher formaler Bildung (60 %) sowie Anhänger der SPD (62 %) und der Union (60 %) meinen überdurchschnittlich häufig, dass Deutschland bereits genug tut.

Rolle Deutschlands in der EU

Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 1

	forsa für BPA	
nimmt zu viel Rücksicht auf andere EU-Mitgliedstaaten	40	(-)
nimmt zu wenig Rücksicht auf andere EU-Mitgliedstaaten	16	(+2)
verhält sich alles in allem genau richtig	40	(-)
Erhebungszeitraum	16.-20.01.	

45- bis 59-Jährige, Personen mit einfacher und mittlerer formaler Bildung (jew. 48 %) sowie Anhänger der AfD (66 %) und der FDP (50 %) sind überdurchschnittlich oft der Meinung, dass Deutschland zu viel Rücksicht auf die EU-Mitgliedstaaten nimmt.

Anhänger der Linkspartei (30 %) sind hingegen überdurchschnittlich oft der Meinung, dass Deutschland zu wenig Rücksicht auf die EU-Mitgliedstaaten nimmt.

Personen mit hoher formaler Bildung (46 %) und über 60-Jährige (45 %) sowie Anhänger der Grünen (50 %), der Union (48 %) und der SPD (46 %) finden das Verhalten Deutschlands überdurchschnittlich häufig genau richtig.

Wichtigste Themen

Angaben in Prozent

	infratest dimap für BPA
US-Präsidentschaft Donald Trump, Wahl in den USA	58 (+16)
Kanzlerkandidatur SPD	17 (+17)
Ausländer in Deutschland, Zuwanderungs-, Asylpolitik	9 (-3)
Flüchtlingsströme/Europäische Einwanderungspolitik	8 (-10)
Erhebungszeitraum	24.-25.01.

Die Bundesbürger beschäftigen sich auch in dieser Woche am meisten mit der US-Präsidentschaft Trumps. Überdurchschnittlich häufig sehen Anhänger der Union und der Grünen (jew. 66 %) dieses Thema als das wichtigste der Woche an. Westdeutsche nennen es häufiger als Ostdeutsche (61 % zu 47 %), Personen mit hoher formaler Bildung häufiger als Personen mit einfacher formaler Bildung (65 % zu 51 %) und Gutverdiener häufiger als Geringverdiener (62 % zu 49 %). Anhänger der AfD (41 %) nennen die US-Präsidentschaft Trumps unterdurchschnittlich oft.

Anhänger der Grünen (29 %), der AfD (24 %) und der Union (23 %) nennen die Kanzlerkandidatur der SPD besonders häufig. Geringverdiener (10 %) sowie Anhänger der Linkspartei (9 %) nennen das Thema unterdurchschnittlich oft.

















